

DAS THEMA

Chancen jetzt auch nutzen

Anstatt ständig mit Klagen vor dem Landesverfassungsgericht zu drohen, sollten die Chancen für Gemeindeneugliederungsmaßnahmen in der jetzigen Freiwilligkeitsphase, die am 1. Juli begonnen hat und die bis Oktober 2017 gehen wird, genutzt werden.

Klagen zum jetzigen Zeitpunkt sind ohnehin unwirksam, weil bis Ende 2017 nur freiwillige Gemeindeneugliederungsmaßnahmen möglich sind. Und wenn sich Gemeinden nur freiwillig neu strukturieren, kann das nicht durch Klagen verhindert werden. Hier lassen sich derzeit einige Gemeinden durch Anwälte offensichtlich falsch beraten.

Ob spätere Klagen gegen die Gebietsreform erfolgreich sind, ist auch eher fraglich. Die Verwaltungsgemeinschaften selbst haben ohnehin keinen verfassungsrechtlichen Bestandschutz, weil sie nur eine Struktur zur gemeinsamen Erfüllung von Verwaltungsaufgaben darstellen. Die Gemeinden genießen zwar Verfassungsgarantie, aber eben nicht uneingeschränkt und bedingungslos. Gerade die Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften sind nicht durchgängig leistungsfähig. Sie haben eine unterdurchschnittliche Steuerkraft und somit eine hohe Abhängigkeit von Lan-

Freiwilligkeitsphase für Gemeindeneugliederungen

deszuweisungen. Zudem sind durch die Aufgabenübertragung auf die Verwaltungsgemeinschaften die eigentlichen Zuständigkeiten der Gemeinden stark beschränkt. Während Einheits- und Landgemeinden noch über rund 65 Prozent ihrer Finanzmittel entscheiden können, sind es bei Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften weniger als zehn Prozent. Hier noch von Selbstverwaltung zu reden, ist äußerst gewagt. Dass die Verwaltungsgemeinschaften diese Situation nicht ändern wollen, ist nachvollziehbar.

Bei der Neugliederung können die Gemeinden zwischen drei Modellen auswählen, der Einheitsgemeinde, der Landgemeinde und der Großen Landgemeinde. In diesem Zusammenhang davon zu reden, die Gemeinden hätten keine Wahlmöglichkeiten, ist weltfremd. In der Freiwilligkeitsphase gibt es Chancen, die die Gemeinden nutzen sollten, statt auf den Fortbestand veralteter Strukturen zu hoffen. So gewährt das Land in der Freiwilligkeitsphase Strukturbegleithilfen in Höhe bis zu vier Millionen Euro im Einzelfall. Zu-

dem gibt es davon unabhängig Fusionsprämien von 100 Euro pro Einwohner, maximal eine Million Euro insgesamt.

In der Freiwilligkeitsphase können die Gemeinden zudem Vereinbarungen treffen über die Ausgestaltung des Ortsteils- bzw. Ortschaftsrechtes. Dadurch bleiben viele Aufgaben und auch Finanzen bei den bisher selbstständigen Gemeinden. Vereinbart werden kann auch die Fortgeltung des Ortschaftsrechtes, also beispielsweise die Höhe der Friedhofsgebühren, der Straßenausbaubeiträge oder der Kindertagesstättengebühren.

Nach Ablauf der Freiwilligkeitsphase wird es diese Möglichkeiten in dem Maße nicht mehr geben. Die Gemeinden, die die Freiwilligkeitsphase nicht nutzen, gewinnen zudem auch keine Verlängerung ihrer Selbständigkeit. Die Gemeinden, die sich nicht freiwillig neu gliedern, werden durch den Gesetzgeber zum 1. Januar 2019 neu strukturiert. Auch dies spricht dafür, eher die Freiwilligkeitsphase zu nutzen.

MdL Frank Kuschel

„Es steht fest, alles beim Alten zu belassen, kommt teurer“

Modellrechnungen zu den zu erwartenden Effizienzgewinnen bei der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen hat der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, bei einem mit großem Interesse aufgenommenen Pressegespräch im Thüringer Landtag präsentiert. Er machte dabei jährliche Einsparungen von insgesamt mehr als 500 Millionen Euro aus.

So verwies der Abgeordnete auf die Potentiale, die sich zum Beispiel durch die Abschaffung von Mittelbehörden und die Übertragung von Landesaufgaben auf Landkreise und kreisfreie Städte, aber auch durch die Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften zu Einheits- und Landgemeinden ergeben. Und bei der Aufhebung der Kreisfreiheit für vier Städte in Thüringen entfielen unnötige Doppelstrukturen in den Regionen. „Jedenfalls steht fest, alles beim Alten zu belassen, kommt auf jeden Fall teurer“, betonte Frank Kuschel.

Überlegungen aus seinem beim Pressegespräch vorgelegtem Papier (siehe auch www.die-linkethl.de/fileadmin/lv/galerie/aktionsfotos/2016_06_28_PapierPressegesprach.pdf): Übergang von der Drei- zur Zweistufigkeit der Verwaltung, d.h. Übertragung von Landesaufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Durch die Dreistufigkeit entstehen so genannte Transaktionskosten, weil der Aufwand der Verständigung zwischen den Verwaltungsbe-

nen höher ist. Mittelbehörden entwickeln Eigendynamik mit Defiziten hinsichtlich der demokratischen Kontrolle und Steuerung (Transparenzdefizite). Mittelbehörden sind stark auf Aufsichtsfunktion fixiert. Die Dienstleistungsfunktion ist eher nachgeordnet. Rund 60 Prozent der etwa 23.500 Aufgaben der Landesmittelbehörden eignen sich zur Übertragung auf die Landkreise und kreisfreien Städte.

ben durch die kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage besteht bei den kreisfreien Städten nicht.

Zur Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften (VG): Dieses Rechtsinstitut hat zahlreiche „Konstruktionsfehler“, auch mit fiskalischen Auswirkungen. Dazu zählen die steuerkraftunabhängige VG-Umlage, das mehrfache Ortsrecht für jede Mitgliedsgemeinde (durchschnittlich 13



Vier kreisfreie Städte (Eisenach, Suhl, Weimar, Gera – insgesamt rund 240.000 Einwohner) sollen die Kreisfreiheit verlieren. Kreisfreiheit bedeutet, dass eine Stadt auch die Landkreisaufgaben wahrnimmt. Dadurch besteht in einer Region eine Doppelstruktur bei der Erfüllung der Landkreisaufgaben (Kreisfreie Stadt und umliegende Landkreise). Die solidarische Finanzierung der Landkreisaufga-

setzungen pro Gemeinde), die Aufsplitzung der Finanzmittel auf die Mitgliedsgemeinden, die Transaktionskosten zwischen den Mitgliedsgemeinden und VG. Es gibt 69 Verwaltungsgemeinschaften und 30 erfüllende Gemeinden, eine Sonderform der VG. Betroffen sind 660 Gemeinden mit insgesamt rund 550.000 Einwohnern, darunter sind 571 Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern.

KURZ UND PRÄGNANT

Koalition für starke Genossenschaften

„Rot-Rot-Grün steht zur im Koalitionsvertrag vereinbarten Initiative zur Stärkung des Genossenschaftswesens in Thüringen. Noch im August werden die Koalitionsfraktionen einen Antrag in den Landtag einbringen, um die Ansätze des demokratischen Wirtschaftens weiter zu stärken“, so MdL Ina Leukefeld. Dazu werden Prüfaufträge gegenüber der Landesregierung erteilt, um Möglichkeiten wie die Etablierung des wirtschaftlichen Vereins in Thüringen anzustoßen. Die LINKE-Abgeordnete weiter: „Viele werden sich noch an den Kampf der ehemaligen Schlekker-Frauen zum Erhalt ihrer Geschäfte in Form von Dorfläden erinnern. In Thüringen ist dies leider, trotz teils massiver Unterstützung etwa durch meine Fraktion, nur in begrenztem Umfang gelungen. Anders in Rheinland-Pfalz: Dort konnten mittels des wirtschaftlichen Vereins viele Dorfläden als Ankerpunkte ländlicher Infrastruktur erhalten werden. Wir werden deshalb prüfen, ob dieses Modell eine gute Bereicherung für den genossenschaftlichen Ansatz auch in Thüringen darstellen kann.“

Zudem könnten zwar Genossenschaften formal an allen Thüringer Förderprogrammen partizipieren, aber es gebe viele Hemmnisse, die aus der besonderen Struktur und dem basisdemokratischen Aufbau gerade auch kleiner Genossenschaften resultierten. „Wir werden Rahmenbedingungen verbessern und prüfen lassen, ob zum Schutz der Genossenschaften eine spezielle Förderstruktur nötig ist.“ Zudem sollten die Berater für Existenzgründungen verstärkt die Möglichkeit der Förderung von Genossenschaftsgründungen in der Beratung anbieten.

Behauptung grenzt an Verleumdung

Als „ungeheuerlich“ bezeichnete die LINKE Justizpolitikerin Sabine Berninger die Behauptung des Landrates Hans-Helmut Münchberg (Weimarer Land), die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen eine Mitarbeiterin des Landratsamtes Greiz zielten politisch motiviert gegen die regierungskritische Landrätin Martina Schweinsburg (CDU). „Das grenzt an üble Nachrede oder Verleumdung und wird damit womöglich selbst schon strafrechtlich relevant“, so die Landtagsabgeordnete. Offenbar speise sich das justizpolitische Verständnis Münchbergs aus amerikanischen Mafiafilmen oder Kriminalserien. „Und auch sein Politik- und Demokratieverständnis scheint eher eines von vorgestern zu sein.“